

Strategien zur Gegenwehr

»Was können wir gegen all das Unrecht tun, das Flüchtlinge in Deutschland erleiden müssen?«, lautete eine der meistgestellten Fragen beim Festival der Flüchtlingsorganisationen »Die Karawane« und »The voice« in Jena am vergangenen Wochenende. Dieses Mal war die Frage nicht mehr, wie so oft, geprägt von Rat- und Hilflosigkeit. Die Wut schien sichtlich auf Bürger übergesprungen. Stillhalten und Schweigen sei nicht mehr angesagt, so der Tenor öffentlicher Gesprächsrunden. Wichtig sei, daß lokale Gruppen und engagierte Bürger so oft wie möglich in den Lagern auftauchen. Sei es, um mit den Bewohnern Deutsch zu sprechen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und ihre Isolation zu durchbrechen, sei es, die häufig katastrophalen Zustände publik zu machen. Allerdings sei das nicht immer einfach, berichtete ein Aktivist des »Bündnisses gegen Abschiebung« aus Mannheim. Der Initiative sei das Verteilen von Flugblättern, auf denen die Bewohner zum kostenlosen Deutschkurs eingeladen wurden, untersagt worden. In das Lager dort werde nur vorgelassen, wer einen Flüchtling kenne und dessen Namen angeben könne. Besucher müßten ihren Paß an der Pforte abgeben.

Schlimmer noch gehe es in Lagern in Gerstungen (Wartburgkreis) und Gangloffsömmern (Landkreis Sömmerda) zu, berichtete einer der Organisatoren des Festivals, Osaren Igbinoba. Beide Flüchtlingsunterkünfte seien in katastrophalem Zustand, die Menschen dort »fix und fertig«. Die Lagerverwaltung Gerstungen habe das Elend im Lager vor der Öffentlichkeit mit aller Macht verbergen wollen und einer Delegation der Karawane Hausverbot erteilt. Selbst dem NDR sei der Zugang verwehrt worden, doch derartige Reaktionen reizten erfahrungsgemäß Medien erst recht zur Berichterstattung. Flüchtlinge wie in Gerstungen oder Möhlau in alten Kasernen unterzubringen, sei nicht durch Mangel an geeigneten Gebäuden bedingt, sondern pure Absicht, um Angst und Schrecken zu verbreiten, meinte ein anderer Aktivist.

»Je mehr Unruhe es um all diese menschenunwürdigen Bedingungen gibt, desto besser«, so der Tenor. Dazu gehöre das Insistieren auf das Besuchsrecht – eine andere Möglichkeit sei, die jeweils lokal zuständigen Behörden und Politiker anzurufen und mit den Mißständen zu konfrontieren.

(döp)

<https://www.jungewelt.de/artikel/145568.strategien-zur-gegenwehr.html>